

Nachdem die FARC vor Weihnachten einen unbefristeten einseitigen Waffenstillstand verkündet und weitgehend eingehalten hatte, wuchs der Druck auf die Regierung, ihrerseits ebenfalls eine Feuereinstellung zu verkünden.

Wie EL ESPECTADOR am 02.03.2015 berichtet, sind die Vorbereitungen für eine beiderseitige Feuereinstellung in eine konkrete Phase eingetreten:

Kurs auf bilaterale Feuereinstellung

Als „einen bedeutungsvollen Schritt“ bezeichnete Präsident Juan Manuel Santos die Ankunft von fünf hohen Offizieren in Havanna, wo sie die technische Unterkommission verstärken sollen, die von General Javier Flórez geleitet wird und die den Auftrag hat, den Punkt 3 der Tagesordnung für die Beendigung des Konflikts zu besprechen mit den Themen: Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration. Es geht also im Endeffekt um den ganzen Friedensprozess. Zweifellos ist es ein Anzeichen dafür, dass der Verhandlungsprozess die nötige Standfestigkeit erreicht hat, wenn beide Seiten nun auch die Diskussion über eine beiderseitige Feuereinstellung begonnen haben.

Bei den Offizieren handelt es sich um Admiral Orlando Romero, die Armeegeneräle Alfonso Rojas, Martín Nieto und Oswaldo Rivera sowie den Polizeigeneral Álvaro Pico, die alle in Militärkreisen als Troupiers und Strategen bekannt sind. Die Idee ist- so wurde es EL ESPECTADOR aus Delegationskreisen mitgeteilt- „das Niveau der Unterkommission anzuheben, indem man ihr Leute zuführt, die als Kenner der FARC gelten und die große Erfahrung haben aus Militäroperationen und hinsichtlich der Dynamik des Konflikts“. Und gleichzeitig beabsichtigt man, wie dies Präsident Santos in Madrid auf dem „Forum für den Frieden in Kolumbien“ ausdrückte, „in den Streitkräften das Vertrauen in den Friedensprozess weiter zu stärken“.

Sie werden nicht direkt am Verhandlungstisch sitzen. Es ist festgelegt, dass die Unterkommission parallel zu den Delegationen tagt, wahrscheinlich während der letzten drei Tage jeder Verhandlungsrunde. Ihre Funktionsweise will man während der Sitzungen von Tag zu Tag weiterentwickeln.....

„Das Land kann beruhigt sein und darauf vertrauen, dass diejenigen, die dort zu Wort kommen, die Fachleute sind und sich nicht überrumpeln lassen werden“, sagte dazu Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón, der die Mitwirkung der fünf hohen Offiziere in Kuba als Garantie für ein gutes Ergebnis bezeichnete.

Jedenfalls war die Ankündigung ein Stich ins Wespennest, das bereits aufgescheucht worden war durch Erklärungen des früheren israelischen Außenministers Shlomo Ben Ami, der bestätigt hatte, dass der kolumbianische Präsident mit US-Vizepräsident Joe Biden die Möglichkeit erörtert hatte, ob Ricardo Palmera alias Simón Trinidad, der nach seiner Auslieferung in US-Haft sitzt, in seine Heimat zurückgeführt und in die FARC-Delegation in Havanna eingegliedert werden könnte. Allerdings war Ben Ami vorsichtig und erinnerte daran, dass in den USA strikte Gewaltenteilung herrsche und die Exekutive nicht in Justizangelegenheiten eingreifen könne.

Für einige Oppositionsführer –also Anhänger Uribes- sendet die Tatsache, dass aktive Mitglieder der Streitkräfte den Guerrillachefs von Angesicht zu Angesicht gegenüber sitzen, eine demoralisierende Botschaft aus, weil sie impliziert, dass die Staatsmacht gleichgesetzt werde mit jenen, die ihr Schaden zugefügt hat. Und was die Angelegenheit Simón Trinidad betrifft, so bezeichnete Expräsident und Senator Álvaro Uribe die Sondierungen von Santos als Beleidigung vieler Kolumbianer. „Simón Trinidad hat Bankgeheimnisse dazu benutzt, Personen in Valledupar zu entführen und Santos bittet, ihn freizulassen. Simón Trinidad hat Drogengelder hinzugefügt zu den Einnahmen aus Lösegeldern, und Santos bittet die USA, ihn freizulassen“, schrieb er in Twitter.

Dagegen ist es für den liberalen Senator Horacio Serpa klar, dass Trinidad ein Subversiver, aber kein Drogenhändler ist. „Das irrige Dilemma zwischen Frieden und Gerechtigkeit muss zugunsten des Friedens aufgelöst werden. Hoffentlich kommt er nach Havanna, denn seine Anwesenheit dort ist von grundlegender Bedeutung“, sagte er. Senator Roy Barreras ist der Ansicht, die Verfassung gebe dem Staat die Entscheidungsmacht, Auslieferungen an andere Staaten zuzustimmen oder nicht, und daher verstehe er, dass Präsident Santos jene nicht ausliefern wolle, die den Friedensvertrag

unterzeichnen und die Waffen niederlegen würden. Somit ist es für die Unterstützer des Friedensprozesses logisch, dass die FARC innerhalb möglicher Vereinbarungen auch danach strebt, Auslieferungsbeschlüsse aufzuheben, denn sie wollen nicht ewig unter diesem Damoklesschwert leben.

Sicherlich wurde beim „Forum für den Frieden in Kolumbien“ das heute als Schlüsselthema fungierende Thema der Übergangsjustiz vertieft. Und es war Expräsident César Gaviria, der den Auftrag hatte, das Forum zu eröffnen, der auf seiner Formel bestand, wonach zivilen und militärischen Personen, die direkt oder indirekt am Konflikt beteiligt waren, rechtliche Vergünstigungen gewährt werden müssten. Für den Expräsidenten, obgleich es sich beim kolumbianischen Friedensprozess um den ersten handelt, der gemäß dem Statut von Rom abläuft, liegt „die Priorität bei der Aussöhnung, und daher kann man uns keine wortgetreue Interpretation des Statuts aufzwingen. Das Recht ist kein Hindernis für den Frieden. Die Bürger stehen nicht in Funktion des Rechts, sondern das Recht in Funktion für die Bürger“.

Die These wurde unterstützt von dem bekannten spanischen Juristen und früheren Richter Baltasar Garzón, der hervorhob, dass das Internationale Strafgericht keine Bedrohung für die Stabilität des Friedens darstelle, wenn mittels einer Übergangsjustiz gesichert werde, dass keine weiteren Opfer produziert würden. „Falls jene, denen juristische Vergünstigungen gewährt werden, ihre Verpflichtungen nicht einhalten, müssen sofort die Mechanismen der normalen Justiz greifen. In einem Prozess wie dem gegenwärtigen muss man Möglichkeiten eröffnen, dass die Opfer und auch jene, die die Waffen niederlegen, Wahrheitskommissionen und Tribunalen der Übergangsjustiz angehören können“, betonte er.

Jonathan Powell, früherer Kabinettschef von Tony Blair, erklärte, er stimme mit Gaviria überein, dass die Mechanismen einer Übergangsjustiz für alle Akteure, ob bewaffnet oder unbewaffnet, gelten müssen und dass nur so ein Bruch mit der Vergangenheit gelingen könne. „Ich war nahe an den Konflikten in Syrien, Libyen und der Ukraine und ich bin der Meinung, dass die einzige Hoffnung, die die Welt hegen kann bezüglich der Lösung eines bewaffneten Konflikts in Kolumbien liegt. Man kann bewaffnete Akteure nicht einfach amnestieren, aber die Justiz darf kein Hindernis für den Frieden sein“, schloss er.

Expräsident Uribe schlug vor, die Truppen der FARC in einer bestimmten Zone unter internationaler Aufsicht zusammenzuziehen, während die Gespräche in Havanna weitergeführt würden. „Wenn man viel mehr Zeit braucht, um zu einer Vereinbarung zu kommen, widersetzen wir uns dem nicht, stellen aber die Bedingung, dass unterdessen die Gewalt in Kolumbien aufhört“, erklärte Uribe in einem Telefoninterview mit der spanischen Nachrichtenagentur EFE. Die Bedingung sei, „dass die FARC akzeptiert, ihre gesamte Struktur unter internationaler Aufsicht an einem einzigen Ort zu konzentrieren. Wenn das der Fall ist, kann man die Verhandlungen so lange weiterführen wie nötig, denn es ist besser, gar kein Abkommen zu unterzeichnen als ein schlechtes Abkommen“, unterstrich Uribe.